



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Strompreiszonen vorbeugen – Windenergie und Stromnetzausbau in Bayern endlich voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die jahrelange, massive Blockade der Windenergie und des Stromnetzausbaus in Bayern einen Flaschenhals geschaffen hat, der die Einführung von Strompreiszonen wahrscheinlich macht.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, einen Masterplan für den Stromnetzausbau und intelligente Speicher in Bayern umzusetzen, sowie den Ausbau der Windenergie tatkräftig zu unterstützen, um das Ungleichgewicht im deutschen Strommarkt zu reduzieren und einer möglichen Aufteilung in Strompreiszonen entgegenzuwirken.

Begründung:

Die Entscheidung der europäischen Stromnetzbetreiber, eine Aufteilung Deutschlands in bis zu fünf Strompreiszonen zu befürworten, war angesichts der vorhandenen Netzengpässe, des Ungleichgewichts im deutschen Strommarkt mit einem enormen Stromimportbedarfs des Freistaates und des maximal einseitigen Ausbaus der Photovoltaik in Bayern absehbar. Nur neun Windräder wurden im gesamten Jahr 2024 in Bayern errichtet. Im Jahr 2025 waren es bislang lediglich vier. Strom-Übertragungsleitungen, die jahrelang durch die Staatsregierung blockiert wurden, wie der Süd-Link oder der Süd-Ost-Link, sollten ursprünglich bereits seit Jahren günstigen Windstrom von Norddeutschland nach Bayern transportieren, den Engpass entschärfen und den Strompreis stabilisieren. Bayerische Stromspeicher werden durch die Staatsregierung bislang ohne Weitblick gefördert – kein einziger durch die Staatsregierung geförderter Heimspeicher ist derzeit netzdienlich und entlastet das Stromnetz.

Bayern ist zwar nur eines von 16 Bundesländern. Aber die Auswirkungen der falschen Energiepolitik in Bayern wirken auf ganz Deutschland. Das zeigt alleine ein Blick auf die Stromimporte: Denn Deutschland hat im Jahr 2024 insgesamt 28,3 TWh Strom im Saldo importiert. Der Stromimportbedarf Bayerns lag nach vorläufigen Zahlen im Jahr 2024 jedoch bei 20 TWh. Hätte der Freistaat in der Vergangenheit seine Hausaufgaben gemacht, wäre das Ungleichgewicht im deutschen Strommarkt deutlich geringer. Diese Probleme im Stromnetz gekoppelt mit einem maximal einseitigen Ausbau der Erneuerbaren – 99 Prozent des Zubaus der letzten beiden Jahre in Bayern sind auf Photovoltaik-Anlagen zurückzuführen, die das Problem der Winterstromlücke nicht beheben – bildet eine Grundlage für die Entscheidung der EU.

Die Staatsregierung muss daher dringend tätig werden, um die Engpasssituation zu beheben. Ein Masterplan Stromnetze und intelligente Speicher in Verbindung mit einem beschleunigten Ausbau der Windenergie kann die Situation entschärfen. Das wird die

Grundlage für eine mögliche Aufteilung Deutschlands in verschiedene Strompreiszonen ändern. Ohne tatkräftige Maßnahmen wird eine Aufteilung jedoch sehr wahrscheinlich.